Stand: 08.11.2026 03:38:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/13626

"Neuausrichtung des Finanzkraftausgleichs und Entlastung Bayerns"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/13626 vom 29.09.2026
2. Beschluss des Plenums 19/13771 vom 30.09.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 88 vom 30.09.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 29.09.2026 **Drucksache** 19/**13626**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Rosenberger, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Johanna Schramm, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger, Kerstin Schreyer, Daniel Artmann, Barbara Becker, Maximilian Böltl, Dr. Alexander Dietrich, Dr. Stefan Ebner, Patrick Grossmann, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Harald Kühn, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Josef Schmid, Werner Stieglitz, Martin Stock, Karl Straub, Steffen Vogel, Peter Wachler und **Fraktion (CSU)**

Neuausrichtung des Finanzkraftausgleichs und Entlastung Bayerns

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin und kraftvoll für eine Reform des leistungsfeindlichen Finanzkraftausgleichs einzusetzen. Das Ziel muss ein gerechtes System sein, das für die Bundesländer Anreize in Bezug auf Leistung und eine dynamische Wirtschaftspolitik setzt.

Der Landtag stellt fest, dass die derzeitige Normenkontrolle vor dem Bundesverfassungsgericht zum Finanzkraftausgleich im Hinblick auf die Belastung Bayerns ein zentrales und wichtiges Anliegen adressiert.

Begründung:

11,7 Mrd. Euro an andere Bundesländer – das sind etwa 60 Prozent des Gesamtvolumens. Der Bund entlastet die Geberländer über das vor Kurzem in Kraft getretene Länder- und Kommunalentlastungsgesetz in den Jahren 2026 bis 2029 um insgesamt 400 Mio. Euro pro Jahr.

Dies kann aber nur ein erster Schritt sein. Denn seit Einführung hat Bayern circa 140 Mrd. Euro beigesteuert und davon seit Inkrafttreten der veränderten Methodik im Jahr 2020 etwa 57 Mrd. Euro.

Der Sinn des Ausgleichssystems liegt unter anderem darin, gleichwertigere Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik zu schaffen. Wenn ein Nehmerland diese Unterstützung allerdings längerfristig nicht in zusätzliche Standortqualität und Wirtschaftskraft umwandelt, bleibt der Finanzkraftausgleich ein dauerhafter Subventionsmechanismus mit negativen Anreizwirkungen. Dies gilt umso mehr, wenn künftig potenziell sogar die konsequente Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien auf Seiten der Regierungen bestimmter Nehmerländer in Frage gestellt werden kann.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Deshalb braucht es so schnell als möglich eine faire Balance aus bundesstaatlicher Solidarität und finanzieller Eigenverantwortung. Es bedarf dringend gerechter und auch gesamtwirtschaftlich sinnvoller Ausgleichsmaßstäbe sowie einer Lösung der verfassungsrechtlichen Probleme vor allem auch in folgenden Bereichen:

– Die übermäßige Gesamtbelastung des Freistaates sowie die bestehenden Übernivellierungen im System müssen ein Ende haben.

– Bayern darf für seinen bundesweit niedrigsten Grunderwerbsteuersatz und den Einsatz für bezahlbaren Wohnraum im Ausgleichsystem nicht mehr faktisch bestraft werden.

– Die übermäßige Höhe der Berücksichtigung der kommunalen Finanzkraft und die sogenannte Einwohnerveredelung, welche insbesondere die Stadtstaaten begünstigt, dürfen nicht weiter fortgeführt werden.

In diesem Zusammenhang stellen sich auch die politischen Fragen nach der Möglichkeit einer Anpassung des Hauptstadtfinanzierungsvertrags und potenzieller Handlungsmöglichkeiten bei Verstoß gegen rechtsstaatliche Prinzipien.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 30.09.2026 **Drucksache** 19/**13771**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Rosenberger, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Johanna Schramm, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger, Kerstin Schreyer, Daniel Artmann, Barbara Becker, Maximilian Böltl, Dr. Alexander Dietrich, Dr. Stefan Ebner, Patrick Grossmann, Andreas Kaufmann, Harald Kühn, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Werner Stieglitz, Martin Stock, Karl Straub, Steffen Vogel, Peter Wachler und **Fraktion (CSU)**

Drs. 19/**13626**

Neuausrichtung des Finanzkraftausgleichs und Entlastung Bayerns

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin und kraftvoll für eine Reform des leistungsfeindlichen Finanzkraftausgleichs einzusetzen. Das Ziel muss ein gerechtes System sein, das für die Bundesländer Anreize in Bezug auf Leistung und eine dynamische Wirtschaftspolitik setzt.

Der Landtag stellt fest, dass die derzeitige Normenkontrolle vor dem Bundesverfassungsgericht zum Finanzkraftausgleich im Hinblick auf die Belastung Bayerns ein zentrales und wichtiges Anliegen adressiert.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Tim Pargent
Abg. Katja Weitzel
Abg. Oskar Atzinger
Abg. Andreas Winhart
Abg. Michael Hofmann
Abg. Volkmar Halbleib
Abg. Patrick Grossmann
Staatssekretär Martin Schöffel

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)
Neuausrichtung des Finanzkraftausgleichs und Entlastung Bayerns
(Drs. 19/13626)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Finanzkraftausgleich ist ein übles Instrument aus der sozialistischen Giftküche.

(Lachen der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE) – Florian von Brunn (SPD): Den Markus Söder verhandelt hat! – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Er kostet den Freistaat Bayern jährlich über 10 Milliarden Euro. – Es ist schon klar, dass der Kollege von Brunn reflexhaft aufjault, wenn ich von Sozialismus spreche.

(Lachen bei der SPD – Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

– Die Kollegen der GRÜNEN natürlich auch; damit haben wir gleich die Fronten geklärt.

Aber ich sage es noch einmal: Es ist ein übles sozialistisches Instrumentarium.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Denn das Instrumentarium dieses Finanzkraftausgleichs sorgt nicht etwa dafür, dass die Starken den unverschuldet in Not geratenen Schwächeren unter die Arme greifen,

um gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern und dem übrigen Deutschland herbeizuführen. Nein, er belohnt die Faulen und diejenigen, die falsche Wirtschaftspolitik betreiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Ihr habt es doch beschlossen!)

Jetzt wende ich mich an Rot-Grün: Ihr habt in Berlin die Chance, das Schlimmste zu verhindern, indem ihr mit der linksradikalen Partei Die Linke keine Koalition eingeht, einer Partei, die 36 Jahre nach dem Fall der Mauer, 36 Jahre nach dem Ende der kommunistischen Diktatur in der DDR, ernsthaft wieder über Enteignung und Vergesellschaftung nachdenkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Konsequenz des gegenwärtigen Finanzkraftausgleichs ist, dass wir diesen Unsinn, dieses Unrecht auch noch mit unseren Steuergeldern, mit unseren Geldern aus dem Freistaat, quersubventionieren. Wer da nicht eine Gänsehaut bekommt, dem ist nicht zu helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Finanzkraftausgleich – früher hieß er Länderfinanzausgleich – in dieser Form muss weg. Lieber Tobias Gotthardt, genau so: Was Mist ist, muss weg! Und genau das ist dieser Finanzkraftausgleich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die CSU hat ihn doch mitbeschlossen!)

Wir brauchen ein System, das diejenigen belohnt, die ernsthafte Anstrengungen unternehmen, ihren Haushalt in Ausgleich zu bringen, Wohlstand und damit Steuereinnahmen zu generieren, kurz: vernünftige, marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik zu betreiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es ist doch geradezu absurd, dass wir von Bayern aus die Bundeshauptstadt Berlin subventionieren. Das kann doch wohl nicht wahr sein! Jetzt stellt euch einmal vor, wir hätten hier in Bayern ein System, nach dem die Landkreise, sagen wir einmal, Freyung-Grafenau und Regen, die Landeshauptstadt München alimentieren müssten. Das wäre doch geradezu absurd.

(Florian von Brunn (SPD): So einen Unfug habe ich noch nie gehört!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich weiß ja, was jetzt kommt; Kollege Halbleib, wir kennen uns. Jetzt wird natürlich kommen: Na ja, wer hat denn den Finanzkraftausgleich verhandelt? – Das war damals, vor ziemlich genau zehn Jahren, tatsächlich die Regierung Seehofer, eine Alleinregierung der CSU. Ja, das kann ich euch nicht ersparen. Das war ein grober Fehler, ein Schritt in die völlig falsche Richtung.

Aber, liebe Kollegen, was ist denn die Konsequenz daraus? Es gibt ein Sprichwort, das heißt: "Errare humanum est, sed in errare perseverare stultum.” – Irren ist menschlich; aber es ist geradezu dumm, im Irrtum zu verharren. Und ihr wollt im Irrtum verharren. Ihr wollt diesen idiotischen, falschen, leistungsfeindlichen Finanzkraftausgleich beibehalten. Wir wollen das nicht. Wir sagen: Staatsregierung, Ärmel hochkrempeln! Versucht es politisch! Wenn es gar nicht geht, dann muss das Bundesverfassungsgericht helfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben drei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung, Herr Kollege.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): So viel der Ehre?

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zunächst Kollege Pargent, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bitte.

Tim Pargent (GRÜNE): Herr Kollege, ich bin einigermaßen erstaunt, dass Sie in die Debatte zu einem Thema, das eine differenzierte Betrachtung erfordert, mit einem Redebeitrag aus der Kategorie "Bierzeltrede" eingestiegen sind. Aber das ist Ihre Entscheidung.

Ich bin an der Stelle gestolpert, als Sie gesagt haben, Sie wollten den Länderfinanzausgleich eigentlich abschaffen. Laut Ihrem Antrag wollen Sie ihn eigentlich nur reformieren.

Erstens. Können Sie mir erklären, was Sie jetzt eigentlich wollen? Haben Sie dafür auch konkrete Vorschläge?

Und zweitens. Wenn Sie geklärt haben, was Sie wollen, könnten Sie mir dann noch sagen, wie Sie das umsetzen wollen, nachdem die FREIEN WÄHLER ja den Einzug in alle anderen 15 Landesparlamente und in den Bundestag so glorreich geschafft haben?

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Dann können Sie ja den im Grundgesetz verankerten Länderfinanzausgleich gern ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das war eine glorreiche Gedankenkette, Kollege Pargent. Ich versuche es mal aufzulösen.

Erstens ist es wohl – von hinten nach vorn argumentiert – ein großer Fehler, dass wir in den anderen Landesparlamenten nicht vertreten sind. Dann hätten wir einiges, was wir jetzt beklagen – Kollege Müller lacht schon –, in den neuen Bundesländern so

nicht. Dann gäbe es nämlich eine bürgerliche Alternative statt einer radikalen Alternative. Dieser Punkt geht also schon einmal nicht an euch.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Zweitens. Sie fragen mich, was wir mit "reformieren" meinen, Herr Kollege Pargent. Wenn Sie mir zugehört hätten, wüsste Sie: Natürlich müssen wir das jetzige System abschaffen, damit es einem neuen System, einem vernünftigen System, das sich an Leistungsanreizen und guter Wirtschaftspolitik orientiert, Platz macht. – Genau das habe ich zum Schluss gesagt; da waren Sie wahrscheinlich in Gedanken schon dabei, Ihre Zwischenbemerkung zu formulieren, und haben deswegen nicht zugehört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Tim Pargent (GRÜNE): Das hatte ich schon vorher gesagt!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Weitzel bitte für die SPD-Fraktion.

Katja Weitzel (SPD): Herr Kollege Pohl, Sie haben es angetriggert; so würde ich es einmal nennen. Zu der von Ihnen vorgetragenen Meinung, dass man den Linksradikalen in Berlin nicht auch noch Geld hinterherwerfen solle und Sie deswegen eine Reform möchten, will ich klarstellen: Nicht die Partei der FREIEN WÄHLER, sondern die Partei der CSU, insbesondere Ministerpräsident Söder, hat nach der Wahl in Berlin gesagt, wir sollten am besten kein Geld mehr an Berlin zahlen, Berlin also die Mittel aus dem Finanzausgleich entziehen.

Auf die Frage an Herrn Söder, ob das auch für Sachsen-Anhalt gelte, wo möglicherweise eine demokratiefeindliche Partei an die Macht kommt, hat er gesagt, das halte er für absurd.

(Zuruf von der CSU)

Seitens der FREIEN WÄHLER höre ich dazu dröhnendes Schweigen. Ich würde gern von Ihnen wissen, wie Sie das sehen – einmal abgesehen davon, dass das verfassungswidrig wäre.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Auch das eine interessante Wendung. Frau Kollegin Weitzel, ich danke für ein neues Wort: "antriggern"; das kannte ich noch nicht.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wenn der Bayerische Ministerpräsident es auf gesetzlicher Grundlage schafft, den Berlinern den Finanzkraftausgleich zu verweigern, hat er meine vollste Unterstützung. Ob das verfassungsrechtlich möglich ist? Ich schaue zum Kollegen Bausback. – Ich sehe zumindest kein überzeugtes Nicken. Es ist, sagen wir einmal, Neuland. Wir können es probieren. Aber es ist mit einem Risiko behaftet.

Jetzt komme ich zu Sachsen-Anhalt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Frau Kollegin, in Sachsen-Anhalt ist ja noch nicht einmal klar, wer dort überhaupt regieren wird oder ob es Neuwahlen gibt. Ihr sondiert in Berlin, und in Sachsen-Anhalt haben wir eine Blackbox.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf die Redezeit, Herr Kollege.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wenn in Sachsen-Anhalt ähnlich verfassungswidrige Ideen Platz greifen sollten, gilt natürlich das Gleiche auch für Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Und Herr Kollege Atzinger.

Oskar Atzinger (AfD): Herr Kollege Pohl, ich muss Sie korrigieren: Die Landkreise Freyung-Grafenau und Regen subventionieren sehr wohl die Metropolregion München. Bei uns muss man froh sein, wenn dreimal am Tag ein Bus fährt, und wenn,

dann bedient er nur die größeren Orte. Und hier in München gilt 24 Stunden am Tag ein 5-, 10- oder 20-Minuten-Takt.

(Florian von Brunn (SPD): Daraus schließen Sie, dass subventioniert wird? Im Gegenteil!)

Die Grenz-Landkreise subventionieren also sehr wohl die Metropolregion. Was sagen Sie dazu?

(Beifall bei der AfD)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zu Ende geklatscht? – Das ist Oskar Atzingers Finanzausgleich, exklusiv zu verstehen für Abgeordnete der AfD.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Kollege Andreas Winhart für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Allen, die ein bisschen Ahnung haben von den Finanzen unseres Staates, muss klar sein: Heute Abend muss ein klares Signal nach Berlin geschickt werden, dass dieser Länderfinanzausgleich in der derzeitigen Form weg muss, und zwar restlos in dieser Form.

Noch eines muss klar sein: Herr Pohl, Sie sagen, es ist ein Instrument des Sozialismus. Na ja, es ist ein Instrument der Umverteilung. Sagen wir es mal so.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was sonst? Die Faulen! Millionen!)

– Nein, Sozialismus ist, wenn der Herr von Brunn BMW sagt, was sie die nächsten fünf Jahre zu produzieren haben. Das ist Sozialismus. Sonst wäre nämlich der kommunale Finanzausgleich auch eine Art und Weise des Sozialismus.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Na, da muss ich eine Nachhilfestunde geben!)

Also, ein bisschen runter vom Gas! Das war ein bisschen populistisch. Auch Populismus muss gelernt sein, Herr Pohl!

(Beifall bei der AfD)

Einig sind wir uns aber dahin gehend, dass wir dem Land Berlin den Geldhahn zudrehen müssen, und zwar deutlich schneller, als uns das wahrscheinlich lieb ist,

(Florian von Brunn (SPD): Der AfD!)

wenn hier Rot-Rot-Grün das Chaos und die Clan-Diktatur ausbrechen lässt.

Was ist denn im Moment Faktenlage? – Die Faktenlage ist: Wir haben 20 Milliarden Euro Finanzkraftausgleich. Das sind aus Bayern 11,7 Milliarden Euro. Das sind über den Daumen gepeilt ungefähr 14 % unseres eigenen Haushalts. Was könnten wir mehr an Sachen finanzieren? Wo könnten wir investieren? Was könnten wir an sozialem Ausgleich innerhalb Bayerns schaffen? Beispielsweise ist in Berlin die Kita kostenlos, und bei uns müssen aufgrund von Änderungen im BayKiBiG die Eltern demnächst 100 Euro zuzahlen. Das ist nicht fair.

(Zuruf von der SPD)

Dann müssen wir hier am System etwas ändern. Ganz einfach, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Wer bezahlt noch? – Baden-Württemberg und Hessen zahlen noch. Einen kleinen Anteil zahlt noch die Stadt Hamburg, demnächst natürlich auch das Land Sachsen-Anhalt, wenn es wieder in Ordnung gebracht ist. Das ist doch selbstverständlich.

(Lachen bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD)

Wer bekommt Geld? – Hauptsächlich Berlin. 4,2 Milliarden Euro für Berlin. Dazu kommen noch mal 5 Milliarden Euro für 2027 und 2028, die man den Berlinern kurz vor der Wahl noch zugesagt hat. Da arbeiten jetzt die Kommunisten von der SED damit. Von daher müssen wir hier dringendst etwas ändern.

Was passiert mit dem Geld? – Allein dass bei der neu auszuzählenden Wahl 2023 die ganzen Bezirksbürgermeister in Berlin im Amt blieben mit fortgezahlten Pensionen und Amtsbezügen hat 2,2 Millionen Euro gekostet. Die schmeißen unser Geld raus, das wir hier so dringend brauchen, meine Damen und Herren.

Deshalb ein ganz klares Bekenntnis von uns zu einem veränderten Finanzausgleich, der natürlich grundgesetzkonform ist. Herr Pohl, machen Sie sich da gar keine Sorgen! Wenn Sie vielleicht mal in den Bundestag einziehen, dann können wir mit Ihnen zusammen das Grundgesetz ändern. Aber das wird noch eine Zeit dauern.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächster für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kollege Pargent. Bitte.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, Bayern zahlt zu viel im Länderfinanzausgleich. Da bin ich ganz ehrlich. Bayern zahlt zu viel.

Die Frage ist nur: Warum zahlen wir so viel, wie wir heute zahlen? Warum nur?

(Michael Hofmann (CSU): Das sehen alle anderen GRÜNEN außerhalb Bayerns ganz anders!)

Ich habe es nicht verhandelt. Die Frage stellt sich: Wer war das?

(Michael Hofmann (CSU): Sie reden auch nicht mit Ihren GRÜNEN!)

Wer war das? – Es war auch nicht der Herr Hofmann, der hier ständig reinruft. Ich glaube, es war jemand anderes, der hier manchmal im Raum ist. Es war der heutige Ministerpräsident und damalige Finanzminister Markus Söder, der den Länderfinanzausgleich in seiner heutigen Form verhandelt hat

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist so billig, Herr Pargent! Wissen Sie, was Mehrheiten sind?)

und sich dann auch noch breitbeinig hingestellt hat und gesagt hat, wie toll das alles ist, und sich hat feiern lassen. Das zahlen die Bürgerinnen und Bürger heute.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich hätte gerne über Verbesserungen diskutiert, über die Leistungsanreize, von denen hier ständig die Rede ist, konkrete Vorschläge in den Anträgen. Nichts davon!

Wir GRÜNE könnten uns zum Beispiel vorstellen, zu honorieren, wenn die Investitionsquote in den Ländern steigt. Sie haben heute im Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN nur geschrieben, was Sie nicht wollen. Sie haben überhaupt keine Vorschläge gemacht. Anstatt Vorschläge zu bringen, nutzen Sie den Länderfinanzausgleich mittlerweile als Dauerwahlkampfschlager.

Ich wage die Vorhersage: Egal, welche Regel wir haben, solange Bayern auch nur einen Cent in den Länderfinanzausgleich steckt, wird diese Leier, die Sie hier vierteljährlich abspielen, weitergehen. Sie führen das mittlerweile als Wahlkampftheater auf. Es hat aber mit dem, was Sie wirklich erreicht haben, rein gar nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Klage, die Sie angestrengt haben, ist nur eine Fortsetzung dieses Rituals, von dem die Menschen da draußen langsam die Schnauze voll haben. Bringen Sie Lösungen, aber machen Sie hier nicht jedes Vierteljahr das gleiche Schauspiel zum Länderfinanzausgleich!

Ein letzter Satz noch zu Berlin und den anderen Bundesländern: Gleich nach der Wahl in Sachsen-Anhalt hat Ministerpräsident Markus Söder es noch als absurd abgetan, Folgen im Länderfinanzausgleich zu ergreifen, wenn rechtsstaatlich fragwürdige Dinge in dem Bundesland unter einer AfD-Regierung geschehen. Jetzt, nach der Berlin-Wahl, schießt er aus allen Rohren. Das ist erstens Doppelmoral in Reinform, nichts anderes, und zweitens eine aus meiner Sicht ausgesprochen gefährliche Verharmlosung der AfD, der als gesichert rechtsextremistisch eingestuften AfD in Sachsen-Anhalt. Ich rufe Ihnen nur zu: Stellen Sie das dringend klar! Denn so kann es nicht stehen, so kann es nicht draußen in der Welt bleiben. Das versteht kein Mensch in der Bundesrepublik. Keiner!

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was ist mit der linksextremen Linken?)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung. Kollege Hofmann, bitte.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Pargent, ganz kurz zu dem Finanzkraftausgleich, weil Sie sich so hinstellen und sagen, Sie finden auch, dass der Freistaat Bayern zu viel zahlt. Jetzt würde mich mal interessieren, wie das ist, wenn Sie sich mit Ihren grünen Kolleginnen und Kollegen in den Bundesländern unterhalten, wenn Sie uns schon vorwerfen, wir würden das nicht hinbekommen. Sind denn Ihre grünen Kolleginnen und Kollegen bereit, auf den Finanzkraftausgleich zu verzichten?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Wenn Sie sich so hinstellen und sagen, dann regelt es doch mal: Wir würden es ja regeln. Wir könnten sogar zusammen mit Baden-Württemberg einen gemeinsamen Vorstoß machen. Aber wenn 12 von 16 Ländern in die Röhre schauen und weniger bekommen, wir aber Einstimmigkeit brauchen, dann ist es schlicht und ergreifend Erpressung.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen zwölf Bundesländern nicht endlich mal darauf kommen, dass das Pferd, das den Wagen zieht, gestärkt werden muss und nicht geschwächt, dann werden wir sehr schnell feststellen, dass es nicht vorwärtsgeht. Also stellen Sie sich nicht so hin und tun Sie nicht so, als hätten Sie das alles schon gewusst! Es war damals klar, dass wir unter den Umständen unsere Klage zurücknehmen, –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit!

Michael Hofmann (CSU): – weil wir dachten, die Kolleginnen und Kollegen in den Bundesländern wissen, was Sache ist.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege!

Michael Hofmann (CSU): Und jetzt funktioniert es wieder nicht! Jetzt wird die Klage durchgezogen!

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege!

Tim Pargent (GRÜNE): Herr Kollege, ich frage mich nur, warum Sie das, was Sie mir vorwerfen oder von uns erwarten, bei Ihren eigenen Unionsländern nicht hinbekommen. Das sieht man doch in Berlin am allerbesten. Es waren doch Ihre Unionskollegen, die den Karren dort in den Dreck gefahren haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Hier steht doch kein CDUler am Pult! Sie haben es gesagt!)

Es war der Regierende Bürgermeister Kai Wegner, der bei einer der größten Krisen des Landes zum Tennisspielen gegangen ist, und jetzt haben wir die Misere. Super gemacht!

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Sie stehen doch hier!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die SPD-Fraktion: Kollege Volkmar Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Jede Bierzeltrede in diesem Freistaat Bayern war qualifizierter als der Beitrag vom Kollegen Pohl. Der war grotesk, er war faktenfrei und ein absurdes polemisches Theater, Aufführung hier im Bayerischen Landtag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, wenn ihr in Zukunft mit den Bundesländern Verbesserungen für Bayern herausverhandelt, dann bittet Gott, dass nicht irgendeiner der Verhandlungspartner in den anderen Bundesländern diese Rede aus dem Schallarchiv des Bayerischen Landtags herauszieht. So gewinnt man keine Partner, mit denen Verbesserungen im Finanzausgleich möglich sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich will es an dieser Stelle nur feststellen.

Ich will auch noch ein paar Dinge zu dem Antrag sagen. Das passt nämlich zu dem grotesken Auftritt vom Kollegen Pohl. Beim letzten Mal, als es um die Erbschaftsteuer und den Normenkontrollantrag ging, war im Antrag noch von einer Verfassungsbeschwerde des Freistaats Bayern die Rede. So ist man bei den FREIEN WÄHLERN mit diesen Rechtsinstrumenten vertraut! Ich will es nur sagen.

Nicht viel besser ist dieser Antrag. Da spricht man zwar von der derzeitigen Normenkontrolle. Aber es ist völlig unklar. Bei der derzeitigen Normenkontrolle soll ein zentrales, wichtiges Anliegen adressiert werden.Die Normenkontrolle führt das Bundesverfassungsgericht durch. Wir haben einen Normenkontrollantrag mit einer Begründung gestellt. Aber darin geht es doch nicht um die Adressierung von Anliegen. Welches Anliegen soll das denn sein? Vielmehr geht es darum, dass das Bundesverfassungs-

gericht feststellt, ob der derzeitige Länderfinanzausgleich bzw. Finanzkraftausgleich verfassungsgemäß ist oder nicht. Darum geht es. In diesem Antrag ist davon überhaupt nicht die Rede. Also ist es schon schräg, wie er handwerklich aufgesetzt worden ist. Dass die CSU diesen Antrag unterstützt, muss sie selber verantworten. Ich kann es nicht genau nachvollziehen.

Politisch muss man festhalten: In dem Antrag ist nicht einmal festgestellt, wer den derzeitigen Finanzkraftausgleich verhandelt hat. Hier im Bayerischen Landtag hat der Verhandler sich auch noch gelobt und sich auf die Schulter geklopft. Es wurde nicht gesagt: Wir haben leider nicht mehr erreicht, tut uns leid. Vielmehr wurde gesagt: Wir haben etwas Tolles durchgesetzt. Aber dann, hinterher, klagt die Staatsregierung nicht zum ersten Mal, sondern sogar zum zweiten Mal gegen sich selbst. Das ist doch der Sachverhalt. Es war leider der Dreisatz, der sich jetzt zum zweiten Mal unter Beweis gestellt hat: Erfolge feiern, dann klagen und weiterzahlen. Das ist doch die Devise.

Jetzt muss ich mal einen Punkt ansprechen, weil ihn der Kollege Pohl offensichtlich tatsächlich vertritt. Ich bitte wirklich darum, dass wir die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Freistaats Bayern und der Bundesrepublik wahren. Ich kann es nicht nachvollziehen. Den Vorwurf muss ich dem Kollegen Pohl, aber auch ein Stück weit der CSU machen: Bei allen berechtigten Vorbehalten gegen eine von der Linkspartei geführte Landesregierung in Berlin – die teile ich, um es mal deutlich zu sagen – muss ich sagen: Wer Sanktionen im Finanzausgleich gegenüber Berlin thematisiert, aber im Falle eines von Rechtsextremen geführten Bundeslandes wie Sachsen-Anhalt nicht, der setzt sich leider und berechtigterweise dem Verdacht aus, dass er auf dem rechten Auge blind ist. Das ist doch der Sachverhalt.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Hast du nicht zugehört?)

Das muss man doch in dieser Deutlichkeit mal ansprechen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Hast du nicht zugehört? Das ist jetzt absurd und grotesk!)

– Doch, ich habe genau zugehört, das war Ihre Intention.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Höre mal nach, was ich der Kollegin Weitzel erwidert habe!)

Und dann muss ich doch mal nachfragen, was eigentlich mit diesem Antrag gewollt ist. Da heißt es ganz eigenartig: Sie fordern vom Finanzkraftausgleich Anreize in Bezug auf Leistung und eine dynamische Wirtschaftspolitik. Sie hätten uns einmal drei Beispiele ganz konkret nennen können, wie das erfolgen soll und mit welchen rechtssicheren Parametern für den Finanzkraftausgleich das erfolgen soll. Wir haben keine Antwort in dieser zentralen Frage – nichts haben wir dazu gehört, gar nichts.

Der Finanzkraftausgleich ist einnahmebezogen und wird es natürlich auch bleiben – außer Sie legen hier mal qualifizierte Parameter vor, wie man andere Aspekte berücksichtigen kann. Es gibt einen, der unverdächtig ist. Meinetwegen können Sie mich auf die Seite schieben. Aber es gibt einen "Ordnungsruf" von Lars Feld gestern im "Handelsblatt" unter dem Titel "Länderfinanzen – bis zu 100 Prozent Strafsteuer und trotzdem keine Reue". Lesen Sie das mal nach. Er ist der Direktor des Walter Eucken Instituts, Vorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU und Kanzlerberater. Er hat zu diesen ganzen Überlegungen, zu allen Äußerungen gesagt: "Die nüchterne Betrachtung entlarvt all dies als utopische Träumereien." Dem kann man nichts hinzufügen. Das ist der Sachverhalt.

Ich frage mich durchaus, wo denn die brauchbaren Vorschläge für die Veränderung bleiben. Dazu keine Antwort in Ihrem Antrag. Wir wollen einen Abbau der Einwohnerveredelung – das haben wir auch deutlich gemacht. Wir wollen auch einen Deckel für den Freistaat Bayern. Aber zentral ist: Wir brauchen Anreize sowohl für Geber- als auch Nehmerländer, zusätzliche Steuereinnahmen zu erzielen, die dann beim Finanzkraftausgleich nicht oder nicht so stark berücksichtigt werden. Das ist es doch! Konsequenter Steuervollzug muss sich für alle wieder lohnen. Er lohnt sich im Augenblick nur sehr eingeschränkt für die Nehmerländer und leider auch für die Geberländer. Das

ist die grundsätzliche Krux, die wir ändern müssen. Was wir nicht brauchen können, ist die Regionalisierung von Steuern in Deutschland.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Warum?)

– Das ist doch klar. Wer wie Sie die Erbschaftsteuer abschaffen will, wird den Länderfinanzausgleich bzw. den Finanzkraftausgleich erhöhen. Diese Forderung der FREIEN WÄHLER schadet dem Freistaat Bayern und wird zu einem höheren Finanzkraftausgleich führen. Wir lehnen Ihren Antrag schon allein deshalb ab. Gehen Sie mal in sich. In dieser Frage der Steuerpolitik sind Sie absolut widersprüchlich und schaden dem Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist der Kollege Patrick Grossmann für die CSU-Fraktion.

Patrick Grossmann (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich eines festhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN und der SPD: Die Koalition der FREIEN WÄHLER und der CSU kämpft im Gegensatz zu Ihnen politisch für die finanziellen Interessen Bayerns.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Deshalb ist es richtig, so einen Antrag einzubringen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich muss sagen: Die Zahlen sprechen eine klare Sprache.

(Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD), Volkmar Halbleib (SPD) und Harry Scheuenstuhl (SPD))

Die heute vorgetragenen Zahlen zeichnen ein sehr klares Bild. Auf der einen Seite wurden über die ganzen Jahre 140 Milliarden Euro einbezahlt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wer hat es erfunden? – Die CSU!)

Ganze 3,4 Milliarden Euro hat der Freistaat Bayern – und das schon vor langer, langer Zeit – aus dem Finanzausgleich bekommen. Allein im letzten Jahr hat der Freistaat Bayern, wir haben es gehört, rund 11,4 Milliarden Euro einbezahlt. Dieses Bild zeigt uns doch, dass es ein Ungleichgewicht gibt. Ja, es ist aus unserer Sicht ungerecht. Ich möchte jetzt gar nicht erst vorrechnen, was wir alles an Straßen, Schulen oder Kindergärten bauen oder sanieren könnten. Uns geht es auch nicht darum, den Finanzkraftausgleich ganz abzuschaffen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ach nein?)

Aber wenn am Ende die eigene Leistungsfähigkeit gefährdet ist, dann muss doch gehandelt werden, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Berlin ist erwähnt worden. Ich will jetzt hier gar nicht in Polemik verfallen; aber wenn sich Bundesländer wie Berlin, die allein letztes Jahr 4,2 Milliarden Euro erhalten haben, Ausgaben leisten, beispielsweise ein Sozialticket für den ÖPNV für 27,50 Euro, die wir uns dagegen nicht leisten, dann schreit das vor Ungerechtigkeit.

(Zurufe der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE) und Benjamin Adjei (GRÜNE))

Das wird in Berlin bei einer Regierung der Linken sicherlich nicht besser. Deshalb sind wir und ich persönlich der Meinung, dass bayerisches Geld in Bayern besser aufgehoben ist als in Berlin, Bremen oder auch in Sachsen-Anhalt. So schaut es aus.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

– Ja, auch in Sachsen-Anhalt. Da möchte ich mal auf die andere Seite schauen. Das Leibniz-Institut hat die Wahlversprechen der AfD in Sachsen-Anhalt auf circa

1,6 Milliarden Euro pro Jahr beziffert. Bei einem Gesamthaushalt Sachsen-Anhalts von rund 15 Milliarden Euro beläuft sich dann die Neuverschuldung auf ungefähr eine Milliarde Euro. Wenn man das ausrechnet, dann beläuft sich das jährliche Defizit auf circa 2,5 Milliarden Euro.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Wir Bayern sind nicht bereit, die Wahlversprechen der AfD in Sachsen-Anhalt mit bayerischem Geld zu finanzieren. Das gilt genauso.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ja, es stimmt: Am liebsten würden wir das Ganze politisch entscheiden. Aber es ist schon vom Kollegen Hofmann angesprochen worden: Wie gehen die Abstimmungen immer aus?

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sie fallen jeweils nach dem Stimmenverhältnis der Geberländer aus: 3 zu 13 oder mal 4 zu 12. Lieber Kollege Pohl, ich muss dich leider daran erinnern, dass die FREIEN WÄHLER, als sie noch in Landesregierungen beteiligt waren, genauso gegen Bayern gestimmt haben. Also ganz – –

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir waren jemals nur in Bayern an einer Landesregierung beteiligt! Wo denn sonst noch?)

– Ja, aber trotzdem. Ganz so einfach ist es nicht, für die anderen zu sprechen.

Die GRÜNEN haben es oder der Kollege Halbleib hat es gefragt: Wer hat denn den Finanzausgleich neu verhandelt? Vor zehn Jahren – ja, das ist richtig – ist verhandelt worden. Aber man muss sagen: Vor zehn Jahren hat Bayern noch 5,9 Milliarden Euro einbezahlt. Es ist verhandelt worden, und unser Ministerpräsident Markus Söder hat auch Erfolge gehabt. Wir haben uns damals mehrere 100 Millionen Euro eingespart,

liebe Kolleginnen und Kollegen. Jetzt sind wir aber beim Doppelten angekommen, bei fast 12 Milliarden Euro.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Das geht doch nicht so weiter! Und deshalb ist es richtig, dass wir Klage eingereicht haben. Ich gehe davon aus, dass wir demnächst auch ein Ergebnis bekommen; denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist einfach nicht die Melkkuh der Nation.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe der Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) und Harry Scheuenstuhl (SPD))

Das vom Bundesverfassungsgericht postulierte Verbot der Schwächung finanzstarker Länder muss endlich auch Konsequenzen haben. Nehmerländer müssen eine ambitionierte Investitionsquote erfüllen, und Geberländer wie Bayern müssen am Ende auch nach dem Finanzausgleich finanzstärker sein als die Nehmerländer. Wir Bayern sind zwar solidarisch, aber wir sind auch nicht blöd, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Es liegen noch zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor, zunächst der Kollege Winhart.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Grossmann, jetzt muss ich Sie leider in dem einen oder anderen Punkt berichtigen. Die größten drei Empfängerländer des Länderfinanzausgleichs sind Berlin, Sachsen und Niedersachsen, nicht Sachsen-Anhalt. Sachsen wird von der Union regiert. In Berlin hat sie bis vor Kurzem regiert, bis es dann die SED übernimmt, und in Niedersachsen regiert in Koalition die SPD. In Sachsen-Anhalt regieren wir übrigens noch nicht; das hat auch Ihre Schwesterpartei vergeigt, und in Mecklenburg-Vorpommern sogar so sehr, dass Ihre Schwesterpartei jetzt aus dem Parlament geflogen ist. Also wollen wir schon einmal festhalten: Ich

gebe Ihnen das Versprechen, mit Ulrich Siegmund als Ministerpräsident wird es deutlich besser.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Patrick Grossmann (CSU): Ich habe Verständnis dafür, dass bei diesem Wahlergebnis dann vielleicht auch die AfD einmal in eine Regierungsverantwortung kommt, und dann wird sich zeigen, dass ihr auch bloß mit Wasser kocht.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Vogler (AfD) – Unruhe)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Und der Kollege Pargent, bitte.

Tim Pargent (GRÜNE): Herr Kollege, meine Frage an Sie ist, ob Sie – genauso wie Ihr Koalitionspartner und Mitantragsteller – der Meinung sind, dass Herr Finanzminister Söder einen idiotischen Länderfinanzausgleich verhandelt hat, der aus dem sozialistischen Giftschrank stammt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Patrick Grossmann (CSU): Ich beschäftige mich schon länger mit dem Thema.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sagen Sie einfach Ja!)

Beispielsweise hat auch China dieses System eingeführt, insofern kann ich diese Argumentation schon auch ein bisschen nachvollziehen.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Ich habe es gesagt: Wir stellen den Länderfinanzausgleich nicht grundsätzlich in Frage; aber wir zahlen einfach im Verhältnis zu viel.

(Toni Schuberl (GRÜNE): War es der Söder?)

– Nein.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war eine sehr angenehme Antwort!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Staatsregierung hat sich noch Herr Staatssekretär Schöffel zu Wort gemeldet. Herr Staatssekretär, bitte schön.

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke den Regierungsfraktionen, dass dieses Thema Finanzkraftausgleich heute auch entsprechend behandelt wird, und kann auch nur feststellen, im Grunde sind wir uns alle einig: Das jetzige System ist ungerecht, es ist leistungsfeindlich und es belastet die Geberländer viel zu stark.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr habt es verhandelt und gelobt!)

– Lieber Kollege Halbleib, das, was da verhandelt worden ist, war damals ein Erfolg, und das nützt uns heute natürlich auch noch. Das frühere System wäre noch schlechter.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Eben!)

Die, die heute behaupten, sie hätten schon gewusst, wie stark die Steuereinnahmen in den Bundesländern auseinanderlaufen und wie stark die wirtschaftlichen Entwicklungen in den Bundesländern auseinanderlaufen, der hat wahrscheinlich schon immer stark auf die CSU gesetzt und schon befürchtet, was Rote und Grüne in den Ländern alles nicht voranbringen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die haben kein Vertrauen, die Leute!)

– Tatsache ist: So kann es nicht weitergehen. Es gibt derzeit keine Basis für politische Verhandlungen, und deswegen muss jetzt das Bundesverfassungsgericht entscheiden.

Ich möchte drei Zahlen nennen: erstens 15 %. Eine Summe, die 15 % unseres Haushalts entspricht, fließt aus unseren Steuereinnahmen direkt in den Finanzkraftausgleich. 136 Milliarden Euro ist die Bilanz. Wir haben 139 Milliarden Euro einbezahlt,

damals 3,4 Milliarden Euro bekommen, 136 Milliarden Euro ist die Negativbilanz, der Saldo, den wir bezahlt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das bedeutet, dass im Jahr 2025 jeder bayerische Bürger rund 880 Euro an finanzschwache Länder überwiesen hat. Bei jedem Steuerzahler gerechnet ist es noch deutlich mehr.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Die Nehmerländer sind leider praktisch mehr oder weniger in einem Rundum-sorglos-Paket und werden aus Bayern, Hessen und Baden-Württemberg entsprechend unterstützt. Es sind nur diese drei Länder, die an einer Neuregelung noch Interesse haben und im Wesentlichen auch einzahlen, und wenn bei uns die Steuereinnahmen steigen und anderswo sinken, dann erhöht sich der Finanzkraftausgleich entsprechend, und das kann nicht sein. Das ist ein ungerechtes System,

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Söder! – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

und deswegen muss jetzt eine Neugestaltung des Länderfinanzausgleiches erfolgen. Der einzige richtige und mögliche Schritt, den wir machen müssten, ist der Weg nach Karlsruhe.

Eines ist auch klar: Diese Staatsregierung – das haben wir im Rahmen des Antrags vorher besprochen – macht eine wirtschaftsfreundliche Politik. Wir setzen uns für Unternehmensansiedelungen, für Forschung und Entwicklung ein. Wir haben eine Hightech Agenda wie kein anderes Bundesland und zum Beispiel eine niedrige Grunderwerbsteuer: für den Wohnungsbau, für Privatpersonen, für Unternehmensansiedlungen. All das machen andere nicht, und – es ist schon darauf hingewiesen worden – bei links- und rechtsextremen Regierungen, die drohen, werden die auseinanderlaufenden Entwicklungen wahrscheinlich noch dramatischer.

Deswegen sage ich: Das hart erarbeitete bayerische Steuergeld muss künftig wieder mehr in Bayern bleiben, für Investitionen in allen Bereichen, aber auch für medizinische Versorgung, für die Bildung von Kindern usw. Angesichts von Wünsch-dir-was-Konsumgeschenken in anderen Bundesländern können wir nicht länger zuschauen. Andere sollen auch mehr auf die Einnahmen schauen, in den Wirtschaftsstandort investieren und dafür Sorge tragen, dass Steuereinnahmen steigen. Das ist gerade schon zu Recht angesprochen worden. Ich bin zuversichtlich – Karlsruhe hat angekündigt, dass heuer entschieden werden soll –, dass Karlsruhe entsprechend verbindliche Leitplanken festlegen wird und dass ein Urteil dann auch das Fundament für eine echte Reform des Finanzkraftausgleichs und für ein zukunftsfähiges faires Ausgleichssystem wird. Ohne eine Entscheidung in Karlsruhe wird es nicht zu einer Veränderung kommen.

Ich möchte – weil Sie fragen, wo man ansetzen kann – drei Big Points herausgreifen. Der erste ist der Umgang mit der Grunderwerbsteuer. Allein ein besonderes Rechenverfahren zur Einbeziehung von Grunderwerbsteuereinnahmen in das System führt jährlich zu Mehrbelastungen Bayerns in der Größenordnung von etwa einer halben Milliarde Euro. Warum wird Bayern so bestraft?

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Wir haben den niedrigsten Steuersatz bei der Grunderwerbsteuer; abgerechnet wird aber nach einem Normierungsverfahren mit dem Durchschnittssteuersatz, der in Deutschland bezahlt wird, und das führt dazu, dass wir für Steuereinnahmen bezahlen müssen, die wir gar nicht haben, dass damit aber indirekt auch Anreize für die Erhöhung der Grunderwerbsteuer gesetzt werden,

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

weil andere sagen: Das sind dann praktisch Bestrafungseffekte, wenn du einen niedrigeren Grunderwerbsteuersatz hast.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Lesen Sie das ruhig einmal nach. In anderen Ländern wird darauf auch Bezug genommen. Letzten Endes führt es sogar zu einem doppelten Anreiz, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen, erstens wegen der direkten Einnahmen und zweitens, weil dadurch auch der Durchschnitt nach oben gezogen wird. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, solche Normierungsverfahren sollte es in Zukunft nicht mehr geben. Die müssen abgeschafft werden.

(Beifall bei der CSU – Claudia Köhler (GRÜNE): Mehr Lesekompetenz!)

Ein ähnliches Bild gibt es bei der Gewichtung für die Stadtstaaten. In Hamburg, Berlin und Bremen werden Einwohner mit 135 % gewichtet. Stadtstaaten werden also erheblich bessergestellt, und ich frage mich: Warum werden diese Länder bevorzugt, wenn höhere Bedarfe nicht einmal konkret benannt werden können? Dass in diesen Städten die Bedarfe größer sind als in anderen Ländern, wird nicht nachgewiesen, und es ist kaum vorstellbar, dass die Erbringung von Leistungen in Bremerhaven beispielsweise teurer ist als in München – und der ländliche Raum hat bei diesen Fragen wiederum ganz andere Herausforderungen.

Deswegen ist es auch hier so: Berlin als ein Jahr-für-Jahr-Rekordnehmer wäre ohne den Stadtstaatenzuschlag sogar Geber im Ausgleichssystem. Berlin bekommt Zuschläge als Stadtstaat. Beispielsweise erhält Brandenburg Zuschläge für dünne Besiedlung. Bayern hat beides: Wir haben eine Metropole, wir haben aber auch ländliche Räume. Wir bekommen diese Zuschläge nicht. Auch das ist völlig ungerecht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE))

Auch über diesen Stadtstaatenzuschlag muss gesprochen werden.

(Beifall bei der CSU)

Das Bundesverfassungsgericht ist in der Einschätzung sehr klar. Es hat schon früher festgestellt: Es soll keine entscheidende Schwächung der Geberländer geben. Es darf auch keine Übernivellierungseffekte geben, und deswegen setzen wir da auch auf klare, deutliche Hinweise. Wir brauchen ein sicheres Finanzfundament für die Zukunft, auch für den Freistaat Bayern.

Weil die anderen Bundesländer vorhin angesprochen worden sind, sage ich, lieber Kollege Pargent: Es ist interessant, dass in Schleswig-Holstein in diesem Jahr die grüne Finanzministerin dargelegt hat, dass die Finanzkraft Schleswig-Holsteins im Vergleich der Bundesländer deutlich angestiegen sei und deswegen weniger aus dem Finanzkraftausgleich nach Schleswig-Holstein fließe, und sie sagt: Das belastet unseren Landeshaushalt spürbar. Wir rutschen fast in die Gefahr, Geberland zu werden.

(Heiterkeit des Abgeordneten Patrick Grossmann (CSU))

Einen deutlicheren Hinweis, dass das leistungsfeindlich ist

(Michael Hofmann (CSU): Unglaublich!)

und dass die Nehmerländer in diesem System verharren wollen, und insbesondere die GRÜNEN,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

einen besseren Beleg gibt es doch nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Das System muss also reformiert werden, und es muss in diesem Bereich auch wieder gerecht zugehen.

Ich möchte auch noch einen positiven Hinweis geben. Das jüngst in Kraft getretene Länder- und Kommunalentlastungsgesetz mindert jedenfalls die Belastungen in den Jahren 2026 bis 2029 um jährlich rund 200 Millionen Euro. Noch einmal ein herzliches

Dankeschön an unseren Ministerpräsidenten, der das im Rahmen des Koalitionsvertrags auf Bundesebene verhandelt hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dem Bundesfinanzminister kann man auch danken!)

– Dem bayerischen Finanzminister auch, da haben Sie recht. Auf Bundesebene sind das etwa 800 Millionen Euro für den Freistaat Bayern. Das ist vielleicht ein kleines Pflaster für eine große Wunde, aber immerhin ist es auch Geld, das jetzt uns in Bayern zufließt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Am Ende setzen wir darauf, dass die Postulate des höchsten Gerichts endlich in die Tat umgesetzt werden, dass jetzt eine schnelle Entscheidung erfolgt und dass es dann auch zu einem Ende der Überbelastung der Geberländer und auch zu einem Ende der Übernivellierung kommt. Der Finanzkraftausgleich muss wieder das sein, als was er gedacht war, nämlich Hilfe zur Selbsthilfe.

Wir bekennen uns zum Solidargedanken unter den Bundesländern, aber ein alljährliches Kippen von immer mehr Geld in ein Fass ohne Boden muss aufhören. Dieses System kann so nicht weitergeführt werden. Wir hoffen, dass in diesem Jahr eine Entscheidung getroffen wird. Das wäre dann für die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auch Licht am Ende des Tunnels.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass verfassungswidrige Überbelastungen Bayerns enden und bayerisches Steuergeld künftig auch wieder mehr in Bayern für die Bedarfe eingesetzt werden kann, die wir durch Zuzug und verschiedenste andere Herausforderungen tatsächlich haben.

Auch die SPD fordert ja eine klare Begrenzung, zum Beispiel eine Änderung bei der Stadtstaatenregelung. Deswegen gehe ich davon aus, dass Sie dem Antrag der Regierungskoalition auch zustimmen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): So einem schlechten Antrag kann man nicht zustimmen! – Claudia Köhler (GRÜNE): Kasperlantrag!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Kollege Halbleib hat noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung abgeben.

Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben zwei Punkte angesprochen: die Einwohnerveredelung, die Nivellierung, im Übrigen auch sozusagen die Anrechnung abgesenkter Steuersätze. Aber jenseits der Frage, wie sich die Wirtschaftsentwicklung seitdem gespreizt hat, ist all das eins zu eins genau so von der CSU und vom damaligen Finanzminister Söder und vom Ministerpräsidenten verhandelt und dann ins Bundesgesetzblatt geschrieben worden. Jetzt zu sagen, davon wollen wir gar nichts wissen – das waren genau die Verhandlungsergebnisse, die Sie mitgebracht haben und dann hier im Landtag auch noch gelobt haben. Ich will das an dieser Stelle nur einmal sagen. Trotzdem unterstützen wir Veränderungen.

Aber der entscheidende Punkt, und darauf muss man sich einstellen: Die anderen Bundesländer, im Übrigen auch die anderen Geberbundesländer, werden es nicht akzeptieren, dass wir regionalisierte Steuersätze bei der Erbschaftsteuer bekommen und dann absenken; die müssen im Finanzkraftausgleich gezahlt werden.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Warum?)

– Im Zweifelsfall werden sie von anderen Geberländern gezahlt. Das ist doch logisch: Wenn es nicht angerechnet wird, dann müssen sie von anderen gezahlt werden. Das ist auch die Logik. Deswegen ist doch klar: Wer die Erbschaftsteuer regionalisiert und dann absenkt oder abschafft,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Der schafft Gerechtigkeit!)

wird für stärkeren Finanzkraftausgleich sorgen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Volkmar Halbleib (SPD): Das ist doch Ihre Verantwortung.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Volkmar Halbleib (SPD): Sie legen jetzt schon das Problem der Zukunft.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Herr Staatssekretär.

(Zurufe des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Herr Kollege, das Mikro ist längst aus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ich habe laut genug geredet!)

Staatssekretär Martin Schöffel (Finanzen und Heimat): Herr Kollege Halbleib, ich kann noch einmal darauf hinweisen: Es waren damals Verhandlungen auf viel niedrigerem Niveau. Das damals reformierte System hat zu deutlichen Verbesserungen für die Geberländer geführt.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das System Söder! – Volkmar Halbleib (SPD): Die genannten Punkte habt ihr verhandelt!)

Es ist aber in einer unglaublichen Art und Weise auseinandergelaufen. Wir sind heute bei 12 Milliarden Euro, der ganze Länderfinanzausgleich liegt bei 20 Milliarden Euro. Der Anteil Bayerns wird immer größer, weil bei uns halt die Wirtschaftskraft im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich stärker ist

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und die Wirtschaftspolitik!)

– und die Wirtschaftspolitik besser ist. Das ist so auf Dauer nicht zu akzeptieren.

Wir haben genauso Ballungsraumherausforderungen, aber auch Herausforderungen des ländlichen Raums. Dafür kriegen andere Bundesländer oder die Stadtstaaten einen Ausgleich. Das kann auf Dauer so nicht bleiben.

Bei der Grunderwerbsteuer wäre es doch viel besser, wir hätten ein Anreizsystem für niedrigere Steuern und nicht ein Bestrafungssystem, wie das im jetzigen Fall vorliegt.

Das sind Dinge, die geändert werden müssen. Nachdem die meisten anderen Bundesländer, gerade die von der SPD geführten, nicht dazu bereit sind, hier weitere Veränderungen vorzunehmen, setzen wir darauf, dass jetzt Karlsruhe entscheidet, entscheidende Hinweise gibt und dann Veränderungen vorgenommen werden können. Das wird hoffentlich in diesem Jahr noch auf uns zukommen. Dafür kämpfen wir.

Eines will ich Ihnen einmal sagen: Diese ganze Klage ist eine riesige Herausforderung. Deswegen geht ein Dankeschön an die, die für das Finanzministerium verhandeln, an unsere Rechtsbeistandunterstützer und auch an den Kollegen Dr. Dietrich von der CSU-Fraktion, der sich für den Landtag an dem Verfahren beteiligte. Wir hoffen, dass wir bald zum Erfolg kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/13626 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER und die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Der Antrag war sogar dem Finanzminister peinlich, darum ist er nicht da!)